

Entscheidung für zwei Gymnasien fällt 1955

Rückblick von Hannelore Benz (Teil 2) – Arno Hennig, Dr. Großkopf und Albert Wagner als Strippenzieher

Herborn/Dillenburg . Im Jahre 1953 rückt die Schuldiskussion in den Hintergrund. Es kommt zum ersten wirtschaftlichen Einbruch im Dillkreis. In vielen Betrieben wird Kurzarbeit eingeführt. Die Ofenindustrie bricht ein und erholt sich nur langsam wieder. Im Sommer 1953 wird der Auguststollen stillgelegt. 165 Bergleute, fast alle aus dem Eismrother Grund, werden entlassen. In Hirsenhain kommen bei einer Kesselexplosion zwei Arbeiter ums Leben. Eine Auflistung der „Wohnungsnotstandsfälle“ im Dillkreis enthüllt erschütternde Zustände.

1954 kommt Bewegung in die Kreispolitik: In Dillenburg wird mit Dr. Karl Rehrmann (CDU) ein neuer Landrat gewählt, der dem Sprichwort von den „neuen Besen“ gleichsam in einem Rundumschlag gerecht wird.

In der Kreistagssitzung am 30. November 1954 umreißt der neue Landrat das gigantische Raumdefizit des Gymnasiums, das sich auf 15 Klassenräume, 14 Fachklassenräume, sieben sonstige Räume, einen Gymnastikraum und einen Sportplatz beläuft. Da eine Erweiterung in der Maibach nicht möglich ist, empfiehlt er den Neubau einer 21-klassigen Schule in Dillenburg und einer sechsklassigen Schule in Herborn, die von unten herauf wachsen soll.

Das alte Gymnasium ginge an die Stadt Dillenburg, die darin ihre Realschule unterbringen könne. Dafür solle sie sich mit 300.000 Mark am Bau

des Gymnasiums beteiligen, während die Stadt Herborn mit 200.000 Mark zur Kasse geben werden solle.

Die Landesregierung stellte 1,5 Millionen in Aussicht und für jedes Vorhaben noch mal 300.000 Mark extra, wenn umgehend mit dem Bau begonnen würde, und zwar in Dillenburg und Herborn.

Das aber stößt im Kreistag auf eine breite Front der Abneigung. Besonders die Abgeordneten aus Dillenburg und Haiger sind sich quer durch die Fraktionen einig: Herborn braucht kein Gymnasium! Die Abgeordneten scheuen die gigantischen Zahlen, mit denen sie es jetzt zu tun bekom-

men. Im Hintergrund der Ablehnung standen Erwägungen, die heute kaum vorstellbar sind: Die Kreise hatten eine Pauschale von 200 Mark pro Schüler an das Land abzuführen. Da sah man die Möglichkeit, dass durch eine „Zubringerschule“ in Herborn der Zustrom aus dem Aartal und vom Westerwald her um mindestens 150 anschwellen würde, durchaus als Drohung. Die Tatsache, dass ein Prozent der Bevölkerung weiterführende Schulen besuchte, hielt man für völlig ausreichend.

In der Kreistagssitzung am 30. November 1954 wird nach heftigem Für und Wider endlich beschlossen, dass der Kreis Ausschuss die Planung für die Doppellösung Dillenburg/Herborn einleitet, damit man baubereit ist, wenn das Land seinen Zuschuss erhöht.

Am 17. Februar 1955 endlich ist es so weit: Der Kreistag erfährt, dass das Raumprogramm vom Kultusminister genehmigt worden ist. Das war nicht weiter verwunderlich, denn dieser Minister hieß Arno Hennig und war der direkt gewählte SPD-Abgeordnete des

Dillkreises. Es hatten aber noch andere hinter den Kulissen gewirkt: Landtags-, Kreistags- und Stadtparlaments-Abgeordneter Dr. Erich Großkopf von der CDU hatte sich in Wiesbaden mit dem einflussreichen SPD-Abgeordneten, Staatsminister a. D. Albert Wagner aus Förfurt an der Lahn kurzgeschlossen, der dringend Entlastung für das Gymnasium in Weilburg brauchte. Dies wurde von zahlreichen Schülern vom Westerwald besucht, die er nach Herborn umleiten zu können hoffte. So heckten die drei Politiker den Plan mit den zwei Gymnasien in Dillenburg und Herborn aus.

Dem Landrat Dr. Rehrmann wäre – wie den meisten Kreistagsabgeordneten – ein leistungsfähiges Gymnasium in Dillenburg lieber gewesen, aber als er erkannte, welche Kräfte da die Fäden zogen, plädierte er eindringlich für die Annahme der Vorlage, und so stimmen 23 Abgeordnete an jenem 17. Februar 1955 zu, acht sind dagegen und vier enthalten sich der Stimme.

Das Parlament hat jetzt schweren Herzens über einen

Zeitraum von 20 bis 30 Jahren finanziell in die Zukunft geplant. Dabei hatte man allerdings auch die Folgen einer politischen Entwicklung im Genick, die Arnold Ankel, damals noch Mitglied der SPD-Fraktion, umreißt: Die Wiederaufrüstung stehe ins Haus und werde einen ungeheuren Bauboom bringen, der mit erheblichen Kostensteigerungen einhergehen werde. Deshalb müsse man schnell handeln: „Wir müssen jetzt zustimmen, damit man uns nicht in Zukunft wegen der verpassten Gelegenheiten verwünscht!“

Schon im Herbst 1955 werden in beiden Städten die Grundsteine gelegt, in Dillenburg um 11, in Herborn um 15 Uhr: Auf diese Weise ist nur eine Feier zu finanzieren. Wenn schon Millionen ausgegeben werden, muss wenigstens an der Fleischwurst gespart werden. Die Richtfeste werden im Juli 1956 gefeiert, und zu Beginn des Schuljahres 1957 ziehen in Herborn die ersten Schüler ein. Wenige Wochen später nehmen die Dillenburg Besitzz von ihrem Gymnasium.